

Lichterfelde Süd: Natur oder Beton?

Zu früh gefreut

Das Aktionsbündnis Lichterfelde-Süd kämpft seit mehreren Jahren für die Erhaltung der wertvollen Pflanzen und Tierwelt auf dem Gelände der ehemaligen „Parkrange“. Dafür erhielt das Aktionsbündnis und Frau Loba mit ihrem Beweidungsprojekt den „Berliner Umweltpreis 2012“. Auch ein Grund für Optimismus war die vom Bezirksamt beauftragte [„Naturschutz- und Landschaftsentwicklungsstudie – Schutzgebietskonzept Lichterfelde-Süd“](#) von Fugmann-Janotta vom Dezember 2012, sie empfiehlt von der Gesamtfläche von ca. 100 ha einen Bereich von gut 80 ha als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. Für den Eigentümer Groth und seine politischen Freunde war diese Studie ein herber Rückschlag. Eine Reaktion folgte prompt mit einem sogenannten „letter of intent“, der gemeinsam von Groth und Bezirksamt unterzeichnet wurde.

nung ergeben.

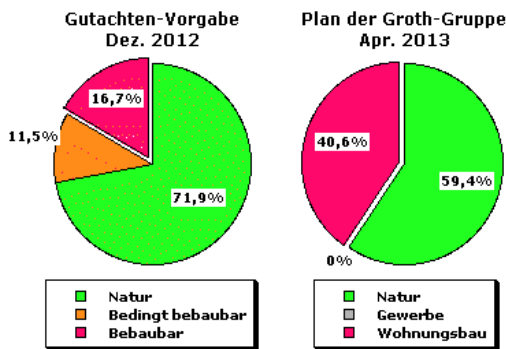
Nach Adam Riese wären das zusammen 965 Wohneinheiten. Allerdings müssten hiervon noch etliche Wohneinheiten abgezogen werden. Die Gewerbebetriebe mit ihren 200 Mitarbeitern benötigen vor Ort ebenfalls Gelände, um weiterhin ihre Existenz und dadurch Arbeitsplätze zu erhalten. Wie das Bezirksamt und die Groth-Gruppe auf 2200 bis 2700 Wohneinheiten kommen, ist ein Rätsel – oder eben auch nicht.

Kniefall der Zählgemeinschaft Grün-Schwarz vor dem Investor

Die für den Umweltschutz zuständige grüne Stadträtin Markl-Vieto hatte in der Sitzung des Umweltausschusses der BVV StegZehl die Landschaftsentwicklungsstudie als gute Grundlage für die weitere Entwicklung der „Parkrange“ gelobt. Einige Wochen später bei der Sitzung der BVV vertrat sie dann das Gegenteil: sie lobte den „Letter of Intent“ bzw. die darin enthaltene Zusage an den Investor Groth, ca. 40 ha bebauen zu dürfen, als einen guten Kompromiss. Wieso Zugeständnisse als

Zur Erläuterung:

Flächenplanung für Lichterfelde-Süd



© 2013 - kh4-research

Der Flächennutzungsplan stellt vier Typen von Wohnbauflächen dar (W1, W2, W3 und W4), die sich nach ihrer Dichte und ihren Strukturmerkmalen unterscheiden. Für die 16 ha bebaubare Fläche käme die Wohnbaufläche W3 mit landschaftlicher Prägung infrage, die in der Übergangszone zur freien Landschaft liegen. Entsprechend der [Erläuterungen](#) des Flächennutzungsplan Berlin wären das für die bebaubaren 16 ha ca 800 Wohneinheiten. Für die bedingt bebaubare Fläche von 11 ha wäre W4 anzuwenden; es könnten entsprechend 165 WE gebaut werden. Als Wohnbaufläche W4 werden im FNP die ausgedehnten Einfamilienhausgebiete der städtischen Peripherie dargestellt.

Absichtserklärung oder Bankrotterklärung?

In der Absichtserklärung („Letter of Intent“) wird dem Investor Groth vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf zugestanden, ein Gebiet von 39 ha als Bauland zu betrachten. Mal abgesehen davon, ob das Bezirksamt überhaupt berechtigt ist eine solche Erklärung abzugeben, ist die Absichtserklärung ein Kotau vor der Groth-Gruppe und ein Armutszeugnis der Behörde. In der Landschaftsentwicklungsstudie wird eine Fläche von 16 ha als bebaubar und eine Fläche von 11 ha als bedingt bebaubar empfohlen.

Und noch eins: Mit dem Zugeständnis des Bezirksamts an den Investor offenbart sich mangelnde Sachkenntnis der einschlägigen Umweltschutzgesetze und der Voraussetzungen, die sich aus der Flächennutzungspla-

Kompromiss hochgejubelt werden und nicht als Kniefall vor dem Eigentümer, bleibt ein Geheimnis der Grünen.

Im Grundgesetz heißt es: „Artikel 14 (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Groth hat das Gelände von der CA Immo gekauft nachdem diese bereits ihre (Bau) Pläne aufgegeben hatte. Als der Investor Groth das Gelände kaufte, hat er genau wissen können, dass es keinen gültigen Flächennutzungsplan gibt und deshalb ein neues Planverfahren eingeleitet werden muss. Dass dabei Umwelt- und Naturschutzgesetze einzuhalten sind, wissen auch Herr Groth und seine Rechtsabteilung. Wir aber befürchten, dass er trotz dieses Wissens seine Ziele weiter verfolgt. Schließlich hat er offensichtlich keine Erfahrung in „Landschaftspflege“, dafür aber ist er bekannt für seine einschlägige Erfahrung in

„Politikerpflege“: er hat bereits maßgebliche PolitikerInnen eingeladen, um ihnen sein Projekt schmackhaft zu machen. Politiker der LINKEN waren übrigens nicht dabei.

Was tun die Parteien?

Mitglieder der örtlichen SPD haben sich sehr für die Erhaltung der wertvollen Pflanzen- und Tierwelt auf dem Gelände engagiert und die Arbeit des Aktionsbündnisses positiv beeinflusst. Allerdings: je höher man in der Hierarchie der SPD kommt, desto weniger scheint das Interesse für Natur- und Umweltschutz ausgeprägt zu sein. So hat Staatssekretär Gothe die Absicht geäußert,



man könne wohl gut 3000 Wohneinheiten bauen. Andere Sozialdemokraten sprachen sogar von 5000-6000 Wohnungen. Inzwischen wäre die Landes-SPD mit der im Letter of Intent geäußerten Zahl von bis zu 2700 WE einverstanden. Die Bezirks-SPD jedoch kritisierte die Absichtserklärung zwischen BA und der Groth-Gruppe aufs Schärfste.

Die CDU wird ihren Parteifreund Groth in seinen Absichten sicher weiter unterstützen.

In der BVV Steglitz-Zehlendorf haben sich aber vor allen anderen Parteien die GRÜNEN als Unterstützer des Investors profiliert, indem sie die Absichten von Groth als fairen Kompromiss darstellten. Selbst die CDU, deren Stadtrat die Absichtserklärung unterschrieben hat, agierte zurückhaltend. CDU Fraktionschef Hippe distanzierte sich, in gewohnt eloquenter Weise, von der Art des Zustandekommens des Letter of Intent, ohne dessen Inhalte in Frage zu stellen.

Die Piraten hingegen unterstützen das Anliegen der Bürgerinitiative konstruktiv. Selbst die FDP im Bezirk hat sich in einem Vorstandsbeschluss auf die Seite der Bürgerinitiative gestellt.

DIE LINKE im Bezirk und auf Landesebene hat von Anfang an im Aktionsbündnis mitgearbeitet. Marion Platta, Abgeordnete der Linksfraktion, Mitglied im Umweltausschuss, berät und unterstützt das Aktionsbündnis durch ihre fundierten Kenntnisse.

Geld regiert die Welt – auch in Steglitz-Zehlendorf?

Am 26. April fand auf Einladung der BI im Kieztreff in der Thermometersiedlung eine gut besuchte Versammlung statt. Anwesend war auch die grüne Stadträtin Markl-Vieto. Sie verteidigte ihre positive Haltung zu der Absichtserklärung: Die Rechte des Eigentümers seien schützenswert – offensichtlich schützenswerter als die Interessen des Gemeinwohls und scheinbar auch als ökologische Interessen, für deren Verteidigung ihre Partei doch eigentlich steht. Damit bezieht sie klar einen klassisch neoliberalen Standpunkt. Wenn Markl-Vieto auf der Versammlung also davon sprach, dass sie sich die weitere Diskussion bezüglich der Bebauungspläne ohne ideologische Vorbehalte wünsche, dann muss man ihr entgegenhalten, dass eben ihre Herangehensweise etwas zutiefst Ideologisches aufweist, denn: Investoren investieren nicht aus Menschenliebe und schon gar nicht aus Respekt vor dem Gemeinwohl, denn sie wollen und müssen Profite machen. Und so ist dieser Letter of Intent für den Investor eine Bedingung für den Erhalt eines Letters of Credit, also zur Geldbeschaffung. Mit Gemeinwohl-Interessen hat dies nichts mehr zu tun.

Es gibt nichts Gutes außer man tut es

Die Bürgerinitiative wird weiter kämpfen. Immerhin geht es um eine lebenswerte Natur und Umwelt. Es geht um ein demokratisches Gemeinwesen und auch um berechtigte soziale Bedürfnisse.

Durch eine Sammlung von Unterschriften soll dem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger Nachdruck verliehen und den Politikern Dampf gemacht werden.

Wir bitten alle Leserinnen und Leser der KEHRSEITE, sich aktiv daran zu beteiligen.

Eberhard Speckmann

